



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XIV/73 - 1. April 1959

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 24831 - 33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	Das Märchen vom "Wohner-Plan" Notwendige Feststellungen Von G. Markscheffel	95
3 - 4	Katastrophale Niederlage der Gewerkschaftsspalter Von Fritz Zschiesche, Referent für betriebspolitische Fragen beim Vorstand der SPD	73
5 - 6	Land der Unzulänglichkeiten Rheinland-Pfalz vor den Wahlen zum Vierten Landtag	110
7	Der Kampf gegen die Tuberkulose Erfahrungen mit Reihenuntersuchungen	45

* * *
* * *

Das Märchen vom "Wehner-Plan"

Von G. Markscheffel

In den Tagen nach der Veröffentlichung des Deutschland-Planes der SPD erlebte man ein seltsames Schauspiel. Publizisten, die ganz genau wußten, wer den Deutschland-Plan der SPD entwickelt hat, wer an seiner Ausarbeitung beteiligt war und wer ihn schließlich einstimmig verabschiedete, bemühten sich mit einer geradezu gefährlich anmutenden Akrobatik, diese Ausarbeitung als "Wehner-Plan" abzustempeln.

Böswillige und Harmlose argumentieren etwa so: Die SPD ist gar nicht so "schlimm". Sie würde ja gern die Außenpolitik des Bundeskanzlers gutheißen. Aber da gibt es so einen schrecklichen Mann. Der heißt Herbert Wehner. Dieser Mann kippt die ganze SPD um, zieht einen geheimnisvollen Plan aus den Falten seines Rockes, manipuliert damit und zwingt schließlich die Sozialdemokratie in die Arme des Herrn Ulbricht.

Ein toller Mann, dieser Herbert Wehner!

Das alles wird gesagt und geschrieben, mit der Miene von Biedermännern, mit dem Augenaufschlag ahnungsloser Kinder. Es wird ausgewalzt wie ein zäher Teig, man dreht es nach allen Seiten, um am Ende mit der Genugtuung von Pharisäern festzustellen: Wie schlecht ist doch die arme SPD beraten; sie hat ein besseres Schicksal verdient als der SED ausgeliefert zu werden.

Es gehört nicht viel Phantasie dazu, um zu begreifen, welches Ziel ein Teil der deutschen und ausländischen Publizistik mit dieser Methode, den sozialdemokratischen Vorschlag zur Wiedervereinigung Deutschlands in die Ecke zu stellen, verfolgt. Hier wird der Appell an die Gedankenarmut und Primitivität im Politischen in einer Weise demonstriert, wie er nur von jenen aufgezogen und wiedergegeben werden kann, die verbergen wollen, daß sie die Wiedervereinigung Deutschlands nicht wollen. Denn die das sagen und schreiben, die aus dem Deutschland-Plan der SPD einen "Wehner-Plan" machen, tun es wider besseren Wissens.

Seit dem Berlin-Vorstoß Moskaus und dem einseitigen Friedensvertragsentwurf der Sowjets hat die Regierung der Bundesrepublik Deutschland jede Aktivität vermissen lassen, um von sich aus der internationalen Diskussion über die friedliche Lösung des Deutschland-Problems neuen Antrieb zu geben. Deshalb mußte die SPD, entsprechend dem Auftrag ihrer über zehn Millionen Wähler, initiativ werden. Der Parteivorstand wählte sieben hervorragende Persönlichkeiten, deren Kenntnisse der internationalen Zusammenhänge unbestritten sind, und beauftragte sie mit der Fertigstellung eines Entwurfes, der als deutscher Vorschlag für die Überwindung der Spaltung unseres Vaterlandes zur Diskussion gestellt werden sollte.

Die sieben Persönlichkeiten sind: Herbert Wehner, Fritz Erl er, Dr. Dr. Gustav Hei n e m a n n, Kurt K a t t i c k, Prof. Dr. Ernst-Wilhelm M e y e r, Ernst P a u l und Helmut S c h m i d t.

Diese "Siebenerkommission" wählte Herbert Wehner zu ihrem Vorsitzenden. Es ist nur selbsterverständlich, daß der stellvertretende Vorsitzende der Partei, Herbert Wehner, führend an den Arbeiten der Kommission beteiligt war. Auf einen Mann in dieser politischen Stellung und mit seinen Erfahrungen kann die Partei gerade bei einer solchen Arbeit nicht verzichten.

Alle Mitglieder der "Siebenerkommission" sind Bundestagsabgeordnete und gehören zum Teil dem Parteivorstand an. Diese sieben Männer haben in enger Zusammenarbeit den Deutschland-Plan entwickelt und in einer ersten Fassung dem Außenpolitischen Ausschuß beim Parteivorstand und den Außenpolitischen Arbeitskreis bei der Bundestagsfraktion vorgelegt. Beide Gremien haben - wie allgemein bekannt ist - den Entwurf einstimmig gebilligt (3.3.1959). Nach einer redaktionellen Überarbeitung ging der Entwurf dann an den Parteivorstand. Der Parteivorstand stimmte einnütig dem Deutschland-Plan zu. Auch die sozialdemokratische Bundestagsfraktion billigte den Plan einstimmig.

Natürlich hat es während der Erarbeitung des Dokuments Diskussionen über diese oder jene Formulierung gegeben. Das liegt in der Natur der Sache. Aber zu keinem Zeitpunkt dieser Diskussionen gab es eine Meinungsverschiedenheit über die wesentlichen Grundzüge des Planes.

Auch nach dem Gespräch Ollenhauer-Chruschtschow und nach der Rückkehr von Prof. Carlo Schmid und Erler aus Moskau gab es in den entscheidenden Gremien keinen Augenblick des Zögerns, ob man den Plan herausgeben sollte oder nicht. Gerade diejenigen, die mit Chruschtschow gesprochen haben, waren die ersten, die darauf hinwiesen, daß der Deutschland-Plan besonders jetzt eine zwingende Notwendigkeit sei.

Wer etwas anderes behauptet, ist entweder falsch informiert worden oder spricht bewußt die Unwahrheit.

Von einem "Wehner-Plan" kann infolgedessen überhaupt nicht die Rede sein. Diejenigen, die den Versuch machen, Wehner gegen die Partei, oder umgekehrt, die Sozialdemokratische Partei Deutschlands gegen Wehner auszuspielen, indem sie den Deutschland-Plan auf eine Person zuschneiden wollen, müssen obskure Vorstellungen von Funktionieren einer demokratischen Partei haben. Ja, man ist versucht, anzunehmen, daß sie in einem nur sehr losen Verhältnis zur Demokratie stehen und ihre "Fachkenntnisse" über das Wirken einer Persönlichkeit in einer politischen Gemeinschaft in jener Zeit bezogen haben, in der es keine demokratischen Parteien gab.

Oder will jemand behaupten, Männer wie Erich Ollenhauer, Prof. Carlo Schmid, Fritz Erler, der frühere Botschafter in Neu-Delhi, Prof. Dr. Ernst Wilhelm Meyer, Dr. Dr. Gustav Heinemann, Kurt Mattick, Ernst Paul, der hessische Ministerpräsident Dr. Georg-August Zinn, der frühere Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen, Fritz Steinhoff, Heinrich Doist, ein Mann wie Waldemar von Knoeringen - um nur einige der Männer zu nennen, die in den demokratisch gewählten Führungsgremien der SPD sind - ließen sich von einem einzigen Mann einen Plan oder eine Idee aufdrängen, mit der sie nicht einverstanden sind? Die Tatsache, daß es etwas unterstellt wird, ist das traurigste Armutszeugnis, das sich eine Reihe von Publizisten je geben konnte.

Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat über 650 000 Mitglieder. Diese 650 000 Mitglieder wählen in demokratischer Wahl ihre Führungsgremien. Hier gibt es nur ein loyalcs Miteinander. Hier gibt es keine "einsamen Entschlüsse" eines Mannes, sondern die Arbeit und die Leitung einer Gemeinschaft. Es gibt keinen "Wehner-Plan". Es gibt nur einen Deutschland-Plan der SPD, und für den trägt die Sozialdemokratische Partei Deutschlands in ihrer Gesamtheit die Verantwortung.

Katastrophale Niederlage der Gewerkschaftsspalter

Von Fritz Zschiesche,

Referent für betriebspolitische Fragen beim Vorstand der SPD.

Bereits die Aufstellung der Kandidatenlisten zu den diesjährigen Betriebsrätewahlen liess erkennen, dass die Arbeiter und Angestellten nicht bereit sind, ihre gewerkschaftliche Solidarität gegenüber jenem fragwürdigen "eigenständigen Auftrag der Christen" gewisser "Betriebsaktionäre" aufs Spiel zu setzen. Dies umso weniger, als sie gute Gründe dafür hatten, hinter der hektischen Betriebsamkeit des CDU-Bundestagsabgeordneten Katzer einen allerhöchsten Auftrag der Kräfte zu vermuten, die schon immer aus der politischen und gewerkschaftlichen Zerrissenheit der Arbeitnehmer klingenden Nutzen gezogen haben.

Die nunmehr vorliegenden Ergebnisse aus vielen Zechen und einer Reihe grosser Metall-Betriebe zeigen deutlich, dass die unter der Firmierung "Christlich-soziale Betriebsaktion 1959" gestartete neuerliche "Kraftprobe" unverbesserlicher Spalter restlos gescheitert ist. Der erpresserische Versuch, mit der Aufstellung zweiter Listen die Einheitengewerkschaften zu zwingen, sogenannte christlich-soziale Kollegen in einer der "Betriebsaktion" genehmen Anzahl in die Betriebsräte einzuschleusen, wurde ein Fiasko. Es gelang der von Winkelheide und Katzer errichteten Einheitsfront der CGD und CDU-Sozialausschüsse noch nicht einmal den beispielsweise im Bergbau mehr als bescheidenen Anteil der von der CGD 1957 errungenen 31 Betriebsratsitze zu halten, geschweige denn auszubauen.

Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen aus 427 Betrieben erhielt die IG-Bergbau 400.362 Stimmen = 96,78 % und 4.447 Mandate, die CGD und Betriebsaktion zusammen nur 5.548 Stimmen = 1,32 % und 23 Mandate.

Über diese katastrophale Niederlage täuschen auch nicht derartige Tartarennachrichten hinweg, wie sie nach einer Meldung aus Königswinter, von der "Frankfurter Neuen Presse" veröffentlicht wurden, indem behauptet wurde, im Aachener Steinkohlenrevier hätte die christlich-soziale Arbeitnehmerschaft etwa 40 Prozent der Sitze errungen. Die Wahrheit ist: Von den im Aachener Steinkohlenrevier gewählten 190 Betriebsräten der Arbeiter gehören 189 der IG-Bergbau und nur

einer (1) der CGD an und von den dort gewählten 40 Angestellten -Betriebsräten sind 35 Mitglied der IG-Bergbau; der Rest verteilt sich auf DAG und Unorganisierte.

Über diese ausgesprochene Pleite können auch jene Rückzuggefechte des Herrn Katzer nicht hinwegtäuschen, wonach die loyale Haltung sozialdemokratischer Betriebsangehöriger, im Gegensatz zu angeblichen Anweisungen des SPD-Parteivorstandes, vielen christlich-sozialen Kollegen die Kandidatur auf den Listen der Einheitsgewerkschafter ermöglicht und deshalb keine Veranlassung zur Einreichung einer zweiten "christlichen" Liste bestanden habe.

Hierzu muss noch einmal erklärt werden, dass eine derartige "Anweisung" des Vorstandes der SPD nie existiert hat. Diese Behauptung ist eine der üblichen unchristlichen Verleumdungen, an die wir uns langsam gewöhnt haben. Die Aufstellung von Kandidatenlisten ist Sache der gewerkschaftlichen Vertrauenskörper und Mitgliederversammlungen und erfolgt nicht nach Parteibüchern oder irgendwelchen "eigenständigen Aufträgen", sondern ausschliesslich nach fachlicher und charakterlicher Qualifikation für das schwierige Amt eines Belegschaftsvertreters. Wer dafür geeignet ist, entscheiden also nicht Parteien und Interessengruppen ausserhalb der Betriebe, sondern einzig und allein die Belegschaften selbst durch die Abgabe ihres Stimmzettels. Daran wird sich Herr Katzer gewöhnen müssen, auch wenn er noch so gerne dieses demokratische Recht der Arbeitnehmerschaft mit erprobten Methoden der CDU-Demokratie einschränken möchte.

Eine ebenso kräftige Abfuhr erlebten auch jene Spalter, die sich als links- und rechtsextreme Urbelehrbare in der sogenannten "Unabhängigen Bergarbeitergewerkschaft" zusammengefunden hatten. Sie scheiterten meistens schon in den beiden Betrieben, wo ihnen dies gelang, konnten sie kein Mandat erringen. Ein Beweis mehr dafür, dass die Bergarbeiter auch in der gegenwärtigen schwierigen Situation einen klaren Kopf behalten und nicht bereit sind, braunen oder rotlackierten Scharlatanen und Radikallinken ihre Sorgen und Probleme anzuvertrauen.

Auch die aus stahlerzeugenden (Westfalenhütte) und -verarbeitenden Betrieben (Howaldt und Deutsche Werft, Hamburg) vorliegenden Ergebnisse lassen eindeutig die gewerkschaftliche Geschlossenheit der Arbeiter und Angestellten dieser teilweise in einer schwierigen Situation befindlichen Betriebe erkennen. Es wäre durchaus angebracht, diese Tatsache auch einmal mit einer Schlagzeile zu würdigen, statt immer nur auf sensationelle Ergebnisse bei Betriebsrätewahlen zu spekulieren.

Land der Unzulänglichkeiten

G.P., Mainz

"In gehobener Stimmung und mit blumenreichen Reden", so schrieb eine Mainzer Zeitung, ging in der Osterwoche die dritte Legislaturperiode des Landtages von Rheinland-Pfalz zu Ende. Diese Formulierung darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß fast bis zur letzten Minute im ehemaligen Großherzoglichen Schloss der alten Kurfürsten- und Bischofsstadt Mainz hart gerungen wurde. In mehrtägigen Sitzungen wurden die Haushaltspläne der Einzelministerien beraten und verabschiedet. Die sozialdemokratische Opposition richtete ein Trommelfeuer von Angriffen gegen die Politik der Landesregierung. Wie ein roter Faden zog sich durch alle Debatten das entscheidende Marko dieses 1946 auf einen Nachspruch des Besatzergenerals König geschaffenen künstlichen Gebildes, das auch heute, nach 13 Jahren, noch nicht lebensfähig ist: seine Unzulänglichkeit.

In Rheinland-Pfalz reicht es hinten und vorne nicht; nicht im Straßen- und Wegebau, nicht bei der Ausrüstung der Polizei, nicht in der Jugendhilfe, nicht im Schulhausbau, nicht ... Es reicht einfach nirgendwo. Gäbe es den Länderfinanzausgleich nicht, durch den der seit Jahren chronisch defizitäre Landeshaushalt mit Hilfe finanzstarker Länder Jahr für Jahr fühlbar aufgepöppelt wird, so wäre es um dieses Land, dessen Regierung es sich zur hohen Ehre anrechnet, das Adenauer-treueste zu sein, schlecht bestellt.

Wer indes bei solch obwaltender Um- (oder besser gesagt Miß-) ständen der Meinung ist, die Mainzer CDU/FDP-Koalition würde sich einer stillen Bescheidenheit befleißigen, unterliegt einem gewaltigen Irrtum. Nichts liegt dem Ehrdoktor und CDU-Ministerpräsidenten Peter Altmeier, der sich seit geraumer Zeit gerne "Landesvater" titulieren läßt, und seiner Gefolgschaft ferner. Im Gegenteil! Zu dem in Mainz gepflogenen politischen Stil gehört es, sich bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten mit fremden Federn zu schmücken. Leistungen der Städte und Gemeinden, von Regionalverbänden oder Institutionen irgendwelcher Art werden ohne Hemmungen und Gewissensbisse als Eigenleistungen deklariert. Oder zumindest so propagiert, daß der nicht eingeweihte Bürger sie als Leistung des Landes betrachten muß. So beispielsweise, wenn von 175 Millionen Mark die Rede ist, die in zehn Jahren für den Schulbau im Land ausgegeben worden sind, wobei verschwiegen wird, daß die Gemeinden hiervon sieben Zehntel aufgebracht haben. Oder wenn in einem gedruckten Leistungsbericht "Rheinland-Pfalz von A - Z" Sanatorien oder Ämter im Bild gezeigt werden, zu deren Errichtung nicht ein Pfennig aus dem schließlichen Beutel des Landesfinanzministers gegeben worden ist.

Bekannt durch Skandale

Am Ende dieser dritten Legislaturperiode ist der Rindestrich-Name des Landes, der allein schon Bände über seine widernatürliche Vereinigung spricht, in Verbindung mit dem Namen einiger Mainzer Minister so bekannt geworden, wie er es nie zuvor war. Dies aber keinesfalls durch Leistungen. Bewahre! Das Land an Rhein und Mosel wurde "berühmt" durch eine Serie handfester Skandale. Es begann im vergangenen Sommer mit dem "Fall Nowack". Der ehemalige FDP-Finanzminister mußte Amt und Mandat zur Verfügung stellen, weil seine Vorliebe für Aktien landeseigener Unternehmen größer war als seine Vorstellung von treuhänderischer Aufsicht über eben diese, allen Steuerzahlern gehörenden Unternehmen. Es setzte sich fort mit massiven Verfehlungenachweiser gegen das Mainzer Wiedergutwachungsamt, dessen Chef den Dienst quittieren mußte. Dann kamen die Vorwürfe gegen den Regierungschef höchstpersönlich wegen dessen Koblenzer Hauskauf aus Landesbesitz und fand - bis zur letzten Landtagssitzung - ein vor-

läufiges Ende mit öffentlichen Beanstandungen der Tätigkeit des Kulturministers in seiner Doppelfunktion als Inhaber einer pfälzischen Möbel-fabrik und Minister. Und so stellt sich diese Landesregierung den rhein-land-pfälzischen Wählern im Wahlkampf zur Rechenschaftslegung und zur Neuwahl, während drei Kabinettsmitglieder - Ministerpräsident Altmeier, Kultusminister Dr. Orth, Finanzminister Dr. Dahlgrün - fünf Strafanträge in vier voneinander unabhängigen Fällen gegen vier Zeitungen bzw. Zeit-schriften laufen haben. Wahrlich, ein unbestrittener Rekord!

Inwieweit die rund 2,2 Millionen Wähler des nach Bayern konfessions-politisch ausgeprägtesten Bundeslandes aus dem zutage geförderten Unver-mögen, aus Unzulänglichkeit und Rückständigkeit am 19. April politische Konsequenzen zu ziehen bereit sind, steht auf einem anderen Blatt. 514 Kandidaten von acht Parteien bewerben sich um die 100 Abgeordnetensitze im Mainzer Landtagsgebäude. Ohne Hellscher zu sein, darf man indes schon jetzt die Prognose wagen, daß außer der drei auch im dritten Landtag ver-tretenen Parteien CDU, FDP und SPD kaum eine andere die Chance hat, nach dem 19. April ins Landesparlament einzuziehen.

Für die CDU als regierungstragende Partei, die die FDP damals mehr aus Anhänglichkeit und aus Gründen der demonstrativen Affrontstellung ge-gen die Sozialdemokratie als aus politisch-taktischer Notwendigkeit im Kabinett duldete, steht indes einiges auf dem Spiel. Im Sog des Adenauer-Booms wurde die CDU vor vier Jahren auch in Rheinland-Pfalz nach oben ge-spült. Sie konnte damals mit 46,9 Prozent aller gültigen Stimmen 51 der 100 Landtagsitze belegen und hatte somit eine - wenn auch knappe - ab-solute Mehrheit. Die FDP blieb ihrer absteigenden Tendenz auch am Mittel-rhein und in der Pfalz treu und zog nur noch mit 13 (12,7 Prozent) Abge-ordneten ins Mainzer Parlament ein, wovon sie mittlerweile einen auch noch an die SPD abgeben mußte, die 1955 31,7 Prozent und 36 Sitze errang. Für die CDU, seit dem ersten Tag der Existenz dieses Landes Regierungspartei, kommt alles darauf an, ihre Sitzzahl um einige zu erhöhen, um sich von der inzwischen mehr als lästig gewordenen FDP-Anhängsel zu befreien, das seit Jahren in Mainz einen politischen Bierschmaus aufführt, bei dem ihr keine Sprünge zu grotesk und zu gewagt erscheinen, wenn sie nur an der Mainzer Minister-Krippe bleiben darf. Die FDP - und das ist bezeichnend für die Haltung der rheinland-pfälzischen Vertreter dieser Partei - bringt es fer-tig, in einem Atemzuge die landespolitische Situation in Mainz als "Auto-kratie Altmeier" zu charakterisieren und von der drohenden "schwarzen Dik-tatur" zu sprechen (so geschahen auf dem 13. Landesparteitag der FDP am 7. März 1959 in Mainz) und sich gleichzeitig - ohne überhaupt der Wahl-kampf richtig begonnen hat und keine Cassandra die Entscheidung der Wähler voraussagen imstande ist - als neuer Koalitionspartner für das vierte Altmeier-Kabinett anzubieten.

Viel Schutt

Die SPD hat in allen drei Parteibezirken des Landes - Pfalz, Rhein-essen und Rheinland-Hessen-Nassau (Koblenz-Trier) - klar und unmißver-ständig Stellung bezogen. Sie ist in diesem Wahlkampf gegangen mit Zeug-nissen ihrer politischen Leistungsfähigkeit und konkreten Vorstellungen zu allen landespolitischen Fragen. Sie ist als Partei ebenso integer wie es ihre Kandidaten sind, die sich um die Stimmen der Wähler am 19. April bewerben, alles Pluspunkte, die weder die CDU noch die FDP für sich in Anspruch nehmen können. Sie hat es weder nötig, sich anzubiedern, wie es die FDP getan hat, noch hat sie die Für zur Zusammenarbeit zugeschlagen. Vor allem aber ist sie sich "zu gut, Hilfsarbeiter von Gruppen zu sein, wenn der Schutt vor die Türe gerutscht ist", wie es einer ihrer maßgeben-den Sprecher in der letzten Landtagsitzung formulierte. Und Schutt hat sich - zumal in den letzten Jahren - in Rheinland-Pfalz sehr viel ange-sammelt!

Der Kampf gegen die Tuberkulose

zu. - Die Tuberkulose-Fürsorgeärzte der Kreise und Städte haben sich entschieden: Sie wünschen, daß Röntgen-Reihen-Untersuchungen auf gesetzlicher Grundlage eingeführt werden und dort, wo sie eingeführt worden sind, erhalten bleiben. Sie weisen darauf hin, daß im letzten Jahr im Bundesgebiet noch 150 000 Personen festgestellt worden sind, die an einer offenen Tuberkulose leiden.

Die Tuberkulose-Fürsorgeärzte Schleswig-Holsteins haben sich gegen die Auffassung des Landesrechnungshofes gewandt, die Röntgenreihenuntersuchungen einzustellen, um dadurch jährlich rund 260 000 Mark zu sparen. Sie haben erklärt: "Röntgenreihenuntersuchungen sind das einzige Mittel, um Tuberkuloseerkrankungen rechtzeitig feststellen zu können. Ausserdem werden dadurch in steigendem Maße rechtzeitig Krebserkrankungen im Brustkorb offensichtlich".

Das Landesgesetz in Schleswig-Holstein schreibt vor, daß alle über zwei Jahre alten Personen im zweijährigen Rhythmus zur Röntgenreihenuntersuchung erscheinen. Durch dieses Gesetz wurde seit 1950 eine systematische Tuberkuloseuntersuchung der Bevölkerung möglich, die bis zu 80 Prozent vor dem Röntgenschild erschien. In keinem Fall ist bisher im Norden von den Strafbestimmungen im Falle des Nichterscheinens Gebrauch gemacht worden. Das Gesetz wurde 1950 durch den sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Diekmann und dessen Innenminister, dem heutigen sozialdemokratischen Oppositionsführer Käber, veranlaßt.

In Bayern, wo es jetzt auch die Röntgenreihenuntersuchungen auf gesetzlicher Grundlage gibt, kommen gleichfalls bis zu 80% der Bevölkerung zu den Untersuchungen. Auch hier ist es nunmehr möglich, viele Menschen rechtzeitig der Heilbehandlung zuzuführen, ein schlimmes menschliches Schicksal abzuwenden und der Allgemeinheit noch grössere Kosten für den Fall der schweren Erkrankung zu ersparen.

In Hessen, wo die Röntgenreihenuntersuchungen auf freiwilliger Grundlage eingeführt worden sind, kommen bisher leider nur 30 Prozent zur Untersuchung. In Schweden hat sich der Grundsatz der Freiwilligkeit wesentlich besser durchgesetzt. Bei der letzten freiwilligen Röntgenreihenuntersuchung erschienen in der Provinz Södermanland südlich von Stockholm weit über 80 Prozent der Bevölkerung zur Untersuchung. Von den 200 000 untersuchten Schweden waren aufgrund der jahrzehntelang bestehenden Reihenuntersuchungen dort nur noch 16 Personen behandlungsbedürftig, hatten aber keine ansteckende TB.

In der Bundesrepublik gibt es noch immer 150 000 ansteckende Tuberkulose. Das sind 20 Personen von 10 000 Menschen. Die unbekanntesten ansteckenden Kranken werden auf 25 000 geschätzt. Daraus ergibt sich, daß die Tuberkulose noch weit davon entfernt ist, besiegt zu sein. Das bedeutet aber auch, daß man bei der gesetzlich vorgeschriebenen Röntgenreihenuntersuchungen bleiben sollte und sie dort, wo man sie noch nicht eingeführt hat, einführen sollte.